Zivilgerichtliches Verfahren - 1. Klausur, 12.05.2020

Anzenberger, Pimmer, Spitzer/Stefula
Dauer: 120 Minuten

Führen Sie bei allen Lösungen die relevanten Rechtsgrundlagen an. Die Bewertung der Arbeit richtet sich nicht nur nach der Richtigkeit der Antworten, sondern vor allem nach der Qualität der Begründung.

**Gehen Sie, sofern der Sachverhalt davon nicht abweicht,
von der Annahme aus, dass alle Parteien anwaltlich vertreten sind!**

Fall (5 Punkte)

Alina muss sich derzeit mit mehreren Gerichtsverfahren herumschlagen:

Einerseits verlangt sie nach einem Autounfall, bei dem ihre Mutter **Dora** verletzt wurde, per Mahnklage von **Caspar** EUR 11.000,- Schmerzensgeld sowie die Haftung für alle zukünftigen Schäden aus dem Unfall. Weil die für Verkehrsunfälle zuständige Richterin des angerufenen BG sehr viele Akten auf ihrem Tisch hat, bittet sie einen Kollegen, sich um die Angelegenheit zu kümmern. Dieser schreibt eine vorbereitende Tagsatzung aus, in welcher **Caspar** einwendet, dass ja gar nicht **Alina**, sondern deren Mutter **Dora** verletzt worden sei. **Alina** verweist darauf, dass **Dora** ihr das Prozessführungsrecht übertragen habe.

a) Analysieren Sie den Sachverhalt aus prozessualer Sicht!

Andererseits war **Alina** in ein Verfahren gegen **Bertram** verwickelt, in dem sie die Rückzahlung eines Darlehens in Höhe von EUR 100.000,- forderte. **Bertram** brachte vor, dass er davon EUR 60.000,- schon zurückgezahlt habe, was **Alina** vergessen hat. Das Gericht verurteilte **Bertram** daher zur Zahlung von EUR 40.000,- und wies das Mehrbegehren ab. Die Gerichtsgebühren haben EUR 3.000,- betragen, die ersatzfähigen Kosten auf beiden Seiten belaufen sich auf je EUR 2.700,-.

b) Wie sind die Kosten bei ordnungsgemäßer Beantragung auf Ersatz zu verteilen? (Anm.: Bei den angegebenen Kosten handelt es sich um Rundungen, um die Berechnung zu erleichtern.)

Fall (5 Punkte)

Die **BestChip AG** (Sitz in München, Deutschland) klagt die **AllComp GmbH** (Sitz in Graz) beim LGZ Wien auf Zahlung von EUR 80.000,- für die Lieferung von Elektrogeräten. Diese hatte die **AllComp GmbH** zur Ausstattung ihrer Zweigniederlassung in 1010 Wien bestellt, wohin vertragsgemäß auch geliefert wurde. In der Klagebeantwortung erhebt die **AllComp GmbH** die Einrede der internationalen, sachlichen und örtlichen Unzuständigkeit des LGZ Wien und wendet *in eventu* eine Gegenforderung in Höhe von EUR 40.000,- ein: Diese ergebe sich aus einer anderen Warenlieferung der **BestChip AG** an eine Niederlassung der **AllComp GmbH** in Paris (Frankreich), die sie vor vier Jahren vorgenommen habe und aus der Mangel- und Mangelfolgeschäden entstanden seien. Für alle relevanten Verträge wurde zulässigerweise die Anwendbarkeit österreichischen Sachrechts vereinbart. Nach langen Verhandlungen erkennt der Richter den Anspruch der **BestChip AG** für zurecht bestehend und weist die Aufrechnungseinrede ab, weil der Anspruch verjährt sei.

Analysieren Sie den Sachverhalt aus prozessualer Sicht!

Fall (2,5 Punkte)

Alexandra verlangt von **Bruno** klagsweise die Rückzahlung eines Kredits von EUR 100.000,-. Nach Eingang der Klagebeantwortung schreibt das Gericht eine vorbereitende Tagsatzung aus, in der die Parteien einvernommen werden sollen.

Beurteilen Sie folgende Situationen unabhängig voneinander:

Variante a) **Bruno** erscheint nicht zur vorbereitenden Tagsatzung, weshalb auf Antrag der **Alexandra** ein Versäumnungsurteil gefällt wird. Es stellt sich heraus, dass **Bruno** nicht rechtzeitig zur Verhandlung erschienen ist, weil er nach längerer Parkplatzsuche in der Nähe des Gerichts erst die genaue Lage des Gerichtsgebäudes herausfinden musste. Was kann **Bruno** tun?

Variante b) **Bruno** beantragt in der vorbereitenden Tagsatzung die Einvernahme seiner Frau, die mit **Alexandra** über eine Verlängerung der Darlehensdauer verhandelt habe. Das Gericht weist diesen Antrag gemäß § 179 ZPO zurück, weil **Bruno** dieses Beweisanbot schon in der Klagebeantwortung hätte stellen können und die Einvernahme die Erledigung des Verfahrens erheblich verzögern würde. Zurecht?

Fall (5 Punkte)

Andreas hat eine Wohnung an **Britta** und **Christian** vermietet. **Andreas** klagt **Britta** auf Zahlung des ausständigen Mietzinses. Diese bestreitet, dass die Forderung in voller Höhe bestehe, weil der nach MRG vorgesehene Höchstmietzins überschritten werde. **Andreas** wendet ein, dass das MRG gar nicht anwendbar sei; dies möge bindend festgestellt werden. Weil sich das Verfahren in die Länge zieht, tritt **Andreas**, der die Sache endlich erledigt haben will, die Mietzinsforderung gegen Zahlung des Forderungsbetrags mit Abschlag von 10% an die **Factoring OG** ab.

Analysieren Sie den Sachverhalt aus prozessualer Sicht!

Fall (5 Punkte)

Alfons hat bei der **Baustelle AG** die Errichtung eines Hauses in Auftrag gegeben. Wegen behaupteter Mängel kam es in der Folge schon zu mehreren Prozessen. Im gegenwärtigen geht es darum, ob die Fassade fachgerecht errichtet wurde. **Alfons** behauptet, dass minderwertiges Material verwendet wurde und verlangt Gewährleistung. Den Fassadenbau hat die **Baustelle AG** nicht selbst erledigt, sondern von der Subunternehmerin **ConstructionWork GmbH** vornehmen lassen.

a) Was sollte die **Baustelle AG** tun?

Nachdem das Gericht zugunsten von **Alfons** entschieden hat, kommt es zu weiteren Problemen. **Alfons** verlangt Preisminderung (EUR 10.000,-) aus dem Titel der Gewährleistung, weil am Dachboden statt 20cm dicker Dämmwolle nur 15cm dicke verwendet worden sei und sich die **Baustelle AG** weigere zu verbessern. Im Prozess bestreitet die **Baustelle AG** wie auch schon im Vorprozess, dass der Vertrag zwischen ihr und **Alfons** überhaupt wirksam zustande gekommen ist. **Alfons** meint, das sei durch den Vorprozess schon geklärt. Der Richter möchte das aber lieber selbst beurteilen und informiert die Parteien, dass er die Protokolle der Einvernahme von **Alfons** und dem Vorstand der **Baustelle AG** aus dem früheren Prozess verwenden werde. Schließlich kommt er zum Ergebnis, dass der Vertrag gültig sei. Ob hinsichtlich der Dicke der Dämmung konkrete Vereinbarungen getroffen wurden, könne nicht festgestellt werden, verkehrüblich seien aber 15cm. Der Richter spricht daher unter Berufung auf „sein Recht zur Schadensschätzung“ die Hälfte des begehrten Betrags zu.

b) Analysieren Sie den Sachverhalt aus prozessualer Sicht! Wie verhält sich § 924 ABGB dazu (zum Gewährleistungsrecht siehe §§ 922 ff ABGB)?